

HANDWERK BW – Position

Fachkräftesicherung im Handwerk BW Empfehlungen und Forderungen

Zusammenfassung / „Executive Summary“

Fachkräfte sind die entscheidende Basis für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit des Handwerks und der Wirtschaft insgesamt. Sie sind das Fundament für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Baden-Württembergs und die Stabilität der sozialen Sicherungssysteme. Fachkräftesicherung ist damit sowohl eine unternehmerische als auch eine wirtschafts-, arbeitsmarkt- und bildungspolitische Aufgabe.

Umso alarmierender ist die derzeitige Fachkräftelage in der Wirtschaft. Fachkräfte sind im Handwerk stark gesucht - aktuell und in Zukunft. Und es fehlen nicht nur Fachkräfte, sondern in vielen Gewerken ebenso Arbeitskräfte. In Baden-Württemberg waren laut Bundesagentur für Arbeit im März 2023 rund 17.000 Stellen in Berufen des Handwerks offen. Hinzu kommt noch eine hohe Dunkelziffer. Die herausfordernde Situation wird unter Berücksichtigung der aktuell 42.000 bei der Bundesagentur gemeldeten freien Ausbildungsstellen in Baden-Württemberg, wovon 12.000 allein Berufe des Handwerks in Baden-Württemberg betreffen, besonders deutlich. Auch hier ist die Dunkelziffer hoch.


Der zunehmende Personalmangel bremst nicht nur das Wachstum der Handwerksbetriebe. Große gesellschaftliche Herausforderungen wie Klimawandel und Energiewende, Digitalisierung, Nachhaltigkeit und die Transformation der Wirtschaft sind nur mit ausreichend qualifizierten Fachkräften zu bewältigen. Auch der demografische Wandel und ein verändertes Berufswahlverhalten machen die Fachkräftesicherung zum bestimmenden Thema für die Zukunft des Handwerks. HANDWERK BW gestaltet hierfür die politischen Rahmenbedingungen mit – ob in der Schulpolitik, der Berufsorientierung, der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung, bei der Gewinnung und Integration ausländischer Fachkräfte sowie neuer inländischer Zielgruppen für das Handwerk. Für die weitere Umsetzung der Vorhaben ist aber vor allem auch die Politik gefordert, die notwendigen Maßnahmen zeitnah zu ergreifen, um den Bedarf an Fachkräften umfassend zu decken.

Forderungen

- 1. Rahmenbedingungen zur gezielten Fachkräfteeinwanderung gestalten**
- 2. Bildungsstätten des Handwerks zukunftssicher ausstatten und fördern**
- 3. Die Berufliche Bildung stärken**
- 4. Fort- und Weiterbildung arbeitsmarkt- und betriebsnah sicherstellen**



Ansprechpartner zum Thema:
Patrick Wolf
Leiter Bildung und Arbeit



Tel: 0711 263709-103
Email: wolf@handwerk-bw.de



1. Rahmenbedingungen zur gezielten Fachkräfteeinwanderung gestalten

Sachstand

Die Bundesregierung hat mit der Novelle des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes umfassende Vorschläge für eine Weiterentwicklung des Rechtsrahmens, der Verwaltungsverfahren und weiterer Maßnahmen zur Erleichterung der Zuwanderung ausländischer Fachkräfte aus Drittstaaten vorgelegt. Das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz beinhaltet ein Drei-Säulen-Modell: Zuwanderung zu erleichtern 1.) für Fachkräfte mit einer anerkannten ausländischen Berufsausbildung, 2.) für Fachkräfte mit nachgewiesener Berufserfahrung und 3.) durch die Einführung einer Chancenkarte zur Arbeitsplatzsuche. Entscheidender Faktor bei einer Beschleunigung des Zuwanderungsprozesses und für eine erfolgreiche Integration vor Ort ist die Sprachvermittlung im Herkunftsland.

Position

Das Ziel, die Integrationsverfahren und die Gewährung von Aufenthaltstiteln zu beschleunigen, ist im Sinne des Handwerks. Die Gewinnung ausländischer Fachkräfte ist - neben der Aktivierung aller inländischen Potenziale - eine entscheidende Stellschraube, um dem Fachkräftebedarf zu begegnen. Um das ausländische Fachkräftepotenzial ausschöpfen zu können, müssen simple, verständliche und umsetzbare Rahmenbedingungen und Unterstützungsstrukturen geschaffen und ausgestaltet werden. Um Fachkräfte / Auszubildende in nennenswerter Anzahl erfolgreich anzuwerben, vorzubereiten, zu vermitteln, zu qualifizieren und zu betreuen, benötigt es tragende und langfristige Projektstrukturen.

Forderungen

- Ausländerbehörden im Land zu kompetenten und serviceorientierten Anlaufstellen ausgestalten im Sinne von „Welcome-Centern“ - Willkommenskultur statt Verwaltungskultur.
- Rahmenbedingungen und Zugangsmöglichkeiten für die duale Berufsausbildung von Zugewanderten verbessern. Betriebe und Auszubildende verlässlich unterstützen (Bsp.: Programm „Integration durch Ausbildung – Perspektiven für Zugewanderte“).
- Personelle und finanzielle Förderung von Modellprojekten für die Fachkräftegewinnung aus Drittstaaten.
- Sprachvermittlung im Herkunftsland fördern. Bewerbende für handwerkliche Berufe sollen eine entsprechende finanzielle Förderung beim Spracherwerb erhalten (Bsp. In Anlehnung an Triple-Win mit einer Förderung von bis zu 3.000€ pro angehende Fachkraft).
- Integration vor Ort unterstützen, Berufsschulstandorte erhalten sowie kostengünstigen Wohnraum schaffen und bereitstellen – insbesondere für Auszubildende.
- Visavergabe in deutschen Auslandsvertretungen beschleunigen und Verfahren digitalisieren.
- Gewünschte Zuwanderung finanziell fördern – insbesondere für Auszubildende, Ausbildungsplatzsuchende und Personen mit Anpassungsqualifizierungsbedarf.
- Duales Ausbildungssystem stärken und Karrierewege bekannter machen – auch im Ausland.



2. Bildungsstätten des Handwerks zukunftssicher ausstatten und fördern

Sachstand

Die herausragende Bedeutung der Bildungsstätten zeigt sich gerade im Hinblick auf die großen Themen und Herausforderungen der Zeit: die Transformation der Mobilität, die Gestaltung der Energiewende und ein aktiver Klimaschutz können und werden nur mit gut ausgebildeten Fachkräften gelingen.

Die Kostensteigerungen und -verteilung haben sich in den vergangenen Jahren massiv verändert. Die zusätzliche Belastung für die Partnerbetriebe, Kammern und Fachverbände ist überproportional gestiegen. Eine unechte Drittelfinanzierung durch steigende Kosten geht zu Lasten der Bildungseinrichtungen und ihrer Träger.

Für die Finanzierung der überbetrieblichen Ausbildung in den Bildungsstätten im Handwerk sind zum einen die laufenden Betriebskosten und zum anderen die Investitionen in Gebäude und Anlagen zu berücksichtigen. Zudem enthalten die förderfähigen Kosten nicht die Verwaltungs- und Erhaltungskosten. Ferner bilden die Modernisierungsinvestitionen in die Ausstattung der Bildungszentren einen wesentlichen Aspekt zukunftsfähiger und moderner Bildungseinrichtungen im Handwerk.

Position

Die Bildungsstätten des Landeshandwerks sind zentrale Orte des Qualifikationserwerbs und der fachlichen Fort- und Weiterbildung. Sie zu stärken, ist ein unverzichtbarer Beitrag zur Deckung des wachsenden Fachkräftebedarfs im Handwerk. Neben der zentralen Säule, der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung, ergänzen die Bildungsstätten ihr Angebot in der Wissensvermittlung mit Fort-, Weiterbildungs- und Qualifizierungslehrgängen sowie mit einem erheblichen Beitrag in der beruflichen Orientierung junger Menschen. Es gilt, die Bildungsstätten des Handwerks zukunftssicher auszustatten und zu fördern und entsprechende Mittel in den kommenden Jahren hierfür bereitzustellen.

Forderungen

- Notwendige Finanzierungsmittel zur Ausstattung bereitstellen sowie durch Bund und Länder fördern.
- Vergabeverfahren vereinfachen und beschleunigen.
- Die Rund 60 Bildungsstätten des Handwerks zu innovativen Lernorten und Demonstrations- und Vorzeigezentren für Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Ressourceneffizienz weiterentwickeln.
- Eine echte Drittelfinanzierung der Überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung gewährleisten.



3. Die Berufliche Bildung stärken

Sachstand

Das Angebot an Ausbildungsplätzen hat sich auf dem Vor-Corona-Niveau stabilisiert. Die Nachfrage durch Bewerber ist jedoch weit von einer Stabilisierung und positiver Beurteilung entfernt. Die Anzahl an Ausbildungsstellen im Handwerk ist in den vergangenen Jahren noch über dem Rückgang aller Ausbildungsstellen geblieben, konnte aber nicht in einen positiven Trend umgekehrt werden. Gleichzeitig haben die unbesetzten Stellen einen Höchstwert erreicht. Im demografischen Wandel sind wir aufgefordert, das vorhandene Potenzial bestmöglich für die Karriere jedes Einzelnen und für die Wirtschaftsleistung insgesamt auszuschöpfen. Noch immer wird im Schulwesen, bei Eltern und in Gesellschaft und Politik ein Studium zu oft als Königsweg gesehen.

Position

Der Trend zum Studium muss gestoppt werden. Dazu braucht es ein echtes Umdenken in Gesellschaft und Politik. Wir brauchen endlich eine echte Gleichwertigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung. Eine ergebnisoffene berufliche Orientierung und das Wissen über unterschiedliche Karrieremöglichkeiten muss in den allgemeinbildenden Schulsystemen ankommen. Betriebe, Berufsschulen und handwerkliche Bildungsstätten müssen als Lernortpartner gleichermaßen finanzielle Unterstützung erfahren wie andere akademische Bildungsgänge. Unterstützungsprogramme zum Erhalt der Ausbildung und zum erfolgreichen Abschluss müssen flächendeckend und ausreichend angeboten werden.

Forderungen

- Ergebnisoffene Studien- und Berufsorientierung ausbauen – auch und gerade in der gymnasialen Oberstufe.
- Berufsorientierung als Ausbildungsinhalt für Lehramtsstudierende aufnehmen.
- Verbindliche und regelmäßige Lehrerfortbildung in der betrieblichen Praxis.
- Berufseinstiegsbegleitung (BerEB) zu einem Mentoringprogramm weiterentwickeln.
- Flächendeckendes Angebot an Stütz- und Förderunterricht für die einjährige Berufsfachschule aufbauen.
- Das erfolgreiche Programm „Erfolgreich ausgebildet – Ausbildungsqualität sichern“ zur Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen verstetigen.
- Die Transnationale Mobilität in der Berufsbildung durch eine Ausweitung und Verstetigung des Programms "Go for Europe" fördern.



4. Fort- und Weiterbildung arbeitsmarkt- und betriebsnah sicherstellen

Sachstand

Fort- und Weiterbildungen sind das A und O der eigenen Existenzsicherung eines jeden Handwerkers sowie des dazugehörigen Betriebes. Die sich immer schneller wandelnde Gesellschaft, einhergehend mit der Transformation und den enormen technischen Herausforderungen der Klimawende, sind Faktoren, die eine fortlaufende Weiterbildung unverzichtbar machen. Häufig gehen Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten aber immer noch zu stark mit finanziellen Herausforderungen einher. Bisher gibt es in Baden-Württemberg die Meisterprämie von 1.500 Euro für jeden Handwerker, der eine Meisterausbildung erfolgreich abschließt. Die Gesamtkosten sind dadurch aber bei Weitem noch nicht gedeckt. Die Gesamtkosten für eine Fortbildung zum Meister setzen sich aus verschiedenen Positionen zusammen. Hierzu zählen Lehrgangs- und Prüfungsgebühren, Kosten für das Meisterprüfungsprojekt („Meisterstück“) sowie bei Vollzeitfortbildungen die Unterhaltskosten. Hinzu kommen Fahrtkosten, Kosten durch Verdienstauffälle und Unterkunftskosten.

Position

HANDWERK BW setzt sich für eine starke Unterstützung der Fort- und Weiterbildung ein. Die Förderung der Meisterausbildung durch die Meisterprämie im Handwerk ist ein wichtiger Schritt in Richtung Gleichwertigkeit und Gleichbehandlung beruflicher und akademischer Bildung. Daher sollte diese den gestiegenen Kosten und den Mitteln für die akademische Bildung angepasst werden. Gleichzeitig sind die Meisterausbildung und die berufliche Weiterbildung Garant für ein erfolgreiches Unternehmertum und eine nachhaltige Investition in Fachkräfte. Hier muss der Übergang zwischen Meisterausbildung und Betriebsgründung attraktiver und flexibler gestaltet werden.

Forderungen

- Meisterprämie bei erfolgreichem Meisterabschluss auf 3.000 € erhöhen.
- Nachfolgesicherung im Unternehmertum bei Gründung und Übernahme stärker fokussieren und fördern. Gewährung einer Meistergründungsprämie auf 4 Jahre verlängern.